



>>> Das „C“ ist für uns Programm
Bedrängte und verfolgte Christen schützen

Vorwort



In dieser Legislaturperiode beleuchtet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in verschiedenen Veranstaltungen, welche Impulse sich aus dem christlichen Menschenbild für unsere politische Arbeit ableiten. Dabei war es zwingend, dass wir uns auch mit der Religionsfreiheit und speziell mit der Situation von bedrängten und verfolgten Christen beschäftigen. Zu bedrückend waren viele Berichte, die wir in den vergangenen Jahren hierzu erhalten haben.

Auf unserem Kongress „Religionsfreiheit verteidigen, Christen beistehen“ am 19. September 2011 konnte ein eindrucksvolles Bild von der Lage gezeichnet werden. Deutlich wurde, welches Leid Christen an vielen Orten der Welt für ihren Glauben auf sich nehmen müssen. Die Veranstaltung war auch ein Beitrag zum Besuch von Papst Benedikt XVI. in Deutschland, dem die Verteidigung der Religionsfreiheit ein großes Anliegen ist.

Die beiden großen christlichen Kirchen haben auf dem Kongress deutlich gemacht, wie wichtig für sie die Glaubensfreiheit ist. Ich möchte dem Präsidenten des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden, Peter Kodwo Appiah Kardinal Turkson, und dem Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Nikolaus Schneider, herzlich für die Teilnahme danken.

Wir haben in dieser Broschüre den Kongress dokumentiert. Die Schilderungen unserer Gäste aus Syrien, Indien und Nigeria waren zum Teil erschütternd. Die Vorgänge, die gerade Schwester Thérèse Moussalem aus Damaskus geschildert hat, haben mir fast den Atem verschlagen.

Aus diesem Kongress folgt für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion somit auch ein Auftrag: Wir dürfen in unserem Engagement für die Religionsfreiheit nicht nachlassen. Wir müssen es sogar verstärken. Im Namen aller Kollegen der Fraktion darf ich an dieser Stelle versichern: Wir sind dazu bereit.

Volker Kauder MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Inhaltsverzeichnis



Vorwort Volker Kauder	3
Unsere Politik – Bedrängte und verfolgte Christen schützen Volker Kauder	5
Religionsfreiheit leben – in Deutschland und in der Welt Peter Kodwo Appiah Kardinal Turkson	13
Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht Präses Nikolaus Schneider	19
Den Verfolgten eine Stimme geben Diskussion mit Christen aus Syrien, Nigeria und Indien, zusammengefasst von Tanja Samrotzki	27
Der Schutz der Glaubensfreiheit ist ein Friedenswerk Johannes Singhammer	33

Unsere Politik – Bedrängte und verfolgte Christen schützen

>>> Volker Kauder

Religionsfreiheit ist wichtiger Bestandteil unserer wertegeleiteten Außenpolitik

Die Religionsfreiheit zu verteidigen, ist ein wichtiges Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wenn wir darüber diskutieren, wie und in welcher Form das „C“ für uns Programm ist, müssen wir auch über das zentrale Menschenrecht der Glaubensfreiheit sprechen. Denn obwohl die Religionsfreiheit in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte fest verankert ist, wird in einer Vielzahl von Staaten täglich dagegen verstoßen.

Unabhängige Beobachter schätzen, dass zwei Drittel der Weltbevölkerung in Staaten mit eingeschränkter oder nicht vorhandener Religionsfreiheit leben. Als Christdemokraten wissen wir, wie wichtig die Freiheit ist, seinen Glauben ungestört ausüben zu können. Es ist wichtig für jeden Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft. Nur dort, wo jeder Einzelne seinen Glauben frei leben kann, ist auch die Gesellschaft frei. Weltweit für eine freie Ausübung des Glaubens zu werben, ist daher ein wichtiger Bestandteil unserer wertegeleiteten Außenpolitik.

Unsere Verantwortung gegenüber Christen in Not

Als Fraktion von Christdemokraten und Christsozialen fühlen wir eine besondere Verantwortung gegenüber Christen in Not. Durch die öffentlichen Äußerungen der Kirchen in den betroffenen Ländern, aber auch durch Begegnungen in unseren Gemeinden hier in Deutschland wissen wir von Bedrängung und Verfolgung, die unsere Schwestern und Brüder im Glauben erdulden müssen. Es ist wichtig, angesichts des vielfachen Unrechts nicht zu schweigen. Wir müssen den bedrängten Christen eine politische Stimme geben.

Insbesondere die Entwicklung im Nahen Osten macht uns Sorge. In zahlreichen Ländern in der Region ist der Islam Staatsreligion oder genießt eine



Volker Kauder MdB
Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Vorrangstellung. Christen sowie Angehörige anderer religiöser Minderheiten leben zum Teil unter starker Bedrängnis; viele von ihnen sind in den vergangenen Jahrzehnten von dort ausgewandert. So sinkt der Anteil der Christen an der Bevölkerung dort, wo die historischen Wurzeln unserer Religion liegen, kontinuierlich. Ein Land, das mir dabei am Herzen liegt und dessen Entwicklung für uns in Europa große Bedeutung hat, ist Ägypten. Als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte ich in den letzten Monaten mehrfach die Gelegenheit, mich vor Ort über die Lage von christlichen Minderheiten zu informieren.

Bei den Christen in Ägypten

Das Jahr 2011 begann mit einem grausamen Anschlag auf die Neujahrsmesse in einer koptisch-orthodoxen Kirche in Alexandria, bei dem 21 Menschen ums Leben kamen und an die hundert verletzt wurden. Mit einer Delegation besuchte ich in der ersten Januarwoche Kairo. Ziel war es, ein Zeichen der Solidarität mit der koptischen Minderheit zu setzen. Bei einem Zusammentreffen mit Papst Shenouda III. sicherte ich den Kopten die politische Unterstützung der CDU/CSU-Fraktion bei ihrem Streben nach Religionsfreiheit zu. Junge Kopten berichteten mir in vertraulicher Runde über die schleichende Islamisierung der Gesellschaft und über die alltägliche Diskriminierung, die sie erfahren müssen. Seit dem politischen Umbruch, der in Tunesien begonnen hat und sich über Ägypten in der gesamten Region ausbreitet, gibt es sowohl Anlass zur Hoffnung als auch zu Sorge, was die Zukunft der Christen betrifft.

Wege in ein freiheitliches, demokratisches Ägypten

Im Mai habe ich ein weiteres Mal Ägypten besucht und mich über die aktuellen Entwicklungen informiert. Sowohl mit einem Minister der Übergangsregierung als auch mit Vertretern der Demokratiebewegung und Angehörigen der Muslimbruderschaft haben wir über Wege in ein freiheitliches, demokratisches Ägypten diskutiert. Wir werben dafür, dass in der neuen Verfassung Ägyptens aber auch in der Tunesiens, über die derzeit beraten wird, die Gleichberechtigung aller Bürger, unabhängig von ihrer religiösen und konfessionellen Zugehörigkeit, verankert wird. Über die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Hanns-Seidel Stiftung

unterstützen wir die Demokratisierung des politischen Lebens und helfen beim Aufbau von politischen Parteien mit, in denen Muslime und Christen gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Die aktuellen Ereignisse in Ägypten lassen die Zukunft nach der anfänglichen Euphorie wieder düsterer erscheinen. Immer wieder kommt es zu Gewaltausbrüchen gegen die christliche Minderheit. Mehrere Kirchen wurden in den vergangenen Monaten angezündet und Übergriffe auf Christen mehren sich. Zuletzt kam es zu brutalen Übergriffen auf koptische, aber auch auf muslimische Demonstranten, die in Kairo gegen die zunehmende Gewalt gegen die Kopten protestierten. Mehr als zwanzig Menschen kamen dabei ums Leben. Dieser Vorfall zeigt, wie fragil die Lage in Ägypten derzeit ist.

Im Oktober 2011 demonstrierten Kopten und Muslime in Kairo für Religionsfreiheit. Dabei kam es zu schweren Übergriffen der Armee.



Koptische Minderheit unter Druck

Die christliche Minderheit steht dabei von zwei Seiten unter Druck. Zum einen haben die Salafisten, die Ägypten in einen Gottesstaat verwandeln wollen, in den vergangenen Monaten starken Zulauf bekommen. Ihnen sind Andersgläubige ein Dorn im Auge, die durch Einschüchterungen und auch durch Gewalt aus dem Land vertrieben werden sollen. Zum anderen haben auch die alten Kräfte die Kopten im Visier. Ihre Strategie ist es, durch Gewalt gegen die Minderheiten, gesellschaftliche Spannungen zu schüren – in der Hoffnung, dass die Mehrheit der Ägypter dann wieder nach den alten Kräften ruft.

Die Spannungen zwischen den Religionsgruppen zu schüren, um die eigene Herrschaft zu sichern, ist auch in anderen Teilen des Nahen Ostens Vorgehen von Diktatoren. Insbesondere in Syrien hat die Familie Assad ihr Regime immer darauf ausgerichtet, die verschiedenen Minderheiten zu unterstützen. Auch die Christen profitierten in gewissem Maß davon. Jetzt, da die Proteste gegen die Diktatur zunehmen, fürchten viele, dass sich die über Jahre gewachsenen Spannungen – insbesondere zwischen der alawitischen Minderheit, zu der die Familie Assad gehört, und der sunnitischen Mehrheit – entladen.

Irakische Christen unterstützen

Ein besonderes Anliegen ist für uns die Lage der Christen im Irak. „Unsere Heimat ist die Hölle“ – mit diesen Worten beschrieb Bischof Shlemon Warduni aus Bagdad bei seinem Besuch im Dezember 2010 im Deutschen Bundestag die Lage im Irak. Lebten im Jahr 2003 noch über eine Millionen Christen im Irak, so sind es heute weniger als 300.000. Viele Christen sind in die Nachbarländer geflohen. Allein 13.000 Christen sind beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen in Syrien registriert. Die Dunkelziffer dürfte noch weitaus größer sein. Viele von ihnen sind traumatisiert. Sie haben Folter, Vergewaltigung und Entführungen erlebt, ihre Familien wurden auseinandergerissen. Heute haben diese Flüchtlinge das Gefühl, in einer Sackgasse gelandet zu sein. Sie können nicht zurück in ihre irakische Heimat, weil sie dort nicht sicher sind. Aber auch in Syrien sehen sie für sich keine Zukunft, denn dort hat sich die politische Situation in den vergangenen Monaten dramatisch zugespitzt.

Aufnahme irakischer Flüchtlinge nach Deutschland prüfen

Aus diesem Grund haben sich Abgeordnete der Union schon in der vergangenen Legislaturperiode dafür eingesetzt, Irak-Flüchtlingen in Deutschland eine neue Heimat zu bieten. Im Jahr 2009 hat Deutschland 2.500 Irak-Flüchtlinge aus Syrien und Jordanien aufgenommen und dabei darauf geachtet, dass die Mehrzahl von ihnen Christen oder Angehörige anderer religiöser Minderheiten waren. Angesichts der verzweifelten Lage der irakischen Christen in Syrien müssen wir nun prüfen, ob wir erneut mit einer Aufnahme in Deutschland helfen können. Die Christen, die ihr Land nicht verlassen haben, leben heute vor allem im Norden des Landes. In der autonomen Region Kurdistan haben viele von ihnen Zuflucht gefunden. Aber auch hier fehlt es an Perspektiven. Um die irakischen Christen zu unterstützen, gilt es auch hier anzusetzen, und durch Projekte der Entwicklungszusammenarbeit neue Hoffnung zu schaffen.

Bei den Christen im indischen Orissa

Zuletzt führte mich mein Weg in das indische Orissa. In diesem wirtschaftlich wenig entwickelten Bundesstaat im Osten des Landes hatten im Jahr 2009 in den abgelegenen Bergregionen schlimme Ausschreitungen gegen Christen stattgefunden. Jetzt ging es darum zu sehen, wie die Opfer von damals leben und ob die Versprechungen der Regierung von Orissa, die Minderheiten zu schützen und sie beim Wiederaufbau der zerstörten Dörfer zu unterstützen, Taten folgten.

Die Lage in Indien stellt sich regional sehr unterschiedlich dar. Auf der einen Seite garantiert die indische Verfassung seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1948 allen Bürgern Religionsfreiheit. Auf der anderen Seite gelingt es in einzelnen Bundesstaaten hindunationalistischen Organisationen, die offizielle Politik mit ihrer radikalen Agenda zu beeinflussen. Sie haben in verschiedenen Bundesstaaten – auch in Orissa – erreicht, das religiöse Leben der Christen stark zu beschneiden. So müssen beispielsweise Taufen bei den Behörden angemeldet werden und dazu die Personaldaten des zu Taufenden zusammen mit Angaben zu seiner Familie und der Kirche gemacht werden. Viele schrecken vor dieser offiziellen Dokumentation ihres Glaubensbekenntnisses zurück, aus Sorge, später Probleme mit den Behörden zu bekommen.

Ausschreitungen gegen die Christen im Distrikt Kandhamal

Wie berechtigt die Angst ist, als Anhänger Jesu Christi bekannt zu sein, haben viele Christen im Jahr 2009 erfahren müssen. Damals wurde der Mord an einem radikalen Hinduführer den Christen angelastet, obwohl ein Bekennerschreiben von maoistischen Rebellen vorlag. Der Mord wurde zum Vorwand genommen, über Wochen Ausschreitungen gegen die Christen im Distrikt Kandhamal zu organisieren. Nach offiziellen Zählungen kamen dabei 53 Personen ums Leben, während die Kirchen von bis zu einhundert Toten ausgehen. An die 50.000 Menschen wurden vertrieben, viele von ihnen unter extremer Gewalt.

Erste Hilfe kam an, Lage aber immer noch prekär

Zwei Jahre nach diesen Ereignissen war es mir wichtig, die Lage vor Ort zu sehen und mit den Menschen über ihre Situation zu sprechen. Obwohl viele Christen in entlegenen Gebieten leben, hat sie die erste Hilfe der Landesregierung von Orissa und von christlichen Hilfsorganisationen erreicht. So haben wir neu errichtete Dörfer besucht, in denen ein Teil der Vertriebenen lebt. Andere hingegen hausen immer noch in Behelfsunterkünften oder leben in den Slums der großen Städte des Landes.

Der Anblick der neuen Häuser darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, wie prekär die Lage der Menschen noch immer ist. Viele von ihnen sind durch die grausamen Ereignisse traumatisiert. Vertrieben aus ihrer angestammten Umgebung sind sie zudem abgeschnitten von ihren Feldern und der Möglichkeit, die Dinge des täglichen Bedarfs zu produzieren. So leben viele von ihnen in bitterer Armut und bleiben angewiesen auf Unterstützung. Dazu kommt das Gefühl, nicht sicher vor einem erneuten Angriff radikaler Hindus zu sein. In meinen Gesprächen erfuhr ich, dass viele Christen sich von den lokalen Polizeikräften nicht ausreichend geschützt fühlten, auch weil sie immer wieder Diskriminierungen durch die Sicherheitskräfte erfahren haben. Besonders schockierend waren die Berichte von vier Witwen, die von der grausamen Ermordung ihrer Ehemänner berichteten. Man sah ihnen an, wie sehr sie diese Verbrechen geprägt haben. Wir verließen Kandhamal mit dem Bild verzweifelter Menschen und zerstörter Kirchen, auf die wir während unserer Fahrt immer wieder trafen.

Öffentlichkeit ist wichtig

Ein wichtiger Aspekt unseres Engagements für die verfolgten Christen ist das Herstellen von Öffentlichkeit. Wenn Missstände bekannt werden, ist dies oft der erste Schritt hin zu einer Verbesserung der Situation. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das direkte Gespräch mit den politisch Verantwortlichen. Nach meiner Rückkehr in die Landeshauptstadt von Orissa war ich zu einem Gespräch bei dem Chef der Landesregierung, Chief Minister Naveen Patnaik, um den schlep-penden Wiederaufbau und die mangelnde Sicherheit für die Christen zu thematisieren. Sowohl der Chief Minister als auch sein Innenminister betonten, wie wichtig der Regierung der Schutz der Minderheiten in Orissa sei. Beide versprachen auch zusätzliche Anstrengungen beim Wiederaufbau zerstörter Dörfer. Ein erster Test war der zweite Jahrestag der Ermordung des Hinduführers Ende August dieses Jahres.

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder besuchte im August 2011 verfolgte und diskriminierte Christen in Orissa/Indien.



Im vergangenen Jahr hatten radikale Hindus dieses Datum zum Anlass genommen, Gewaltakte gegen die Christen zu verüben. In diesem Jahr blieb die Lage ruhig.

Trotz dieser positiven Entwicklung bleibt die Lage in Orissa insgesamt angespannt, insbesondere für die vertriebenen und traumatisierten Menschen. Aus meiner Sicht ist es wichtig, weiter mit den Vertretern der indischen Regierung im Gespräch zu bleiben. Daher setze ich mich dafür ein, das Thema Religionsfreiheit auch auf die Tagesordnung der nächsten deutsch-indischen Regierungskonsultationen zu setzen.

Religionsfreiheit weiter auf der politischen Tagesordnung

Das Thema Religionsfreiheit ist in Deutschland lange vernachlässigt worden. Es war die Union, die es auf die politische Tagesordnung gesetzt hat und dabei auch auf die oft dramatische Lage von Christen hingewiesen hat. Mit dem Kongress „Religionsfreiheit verteidigen, Christen beistehen“ haben wir einer breiten Öffentlichkeit Einblick in unsere Arbeit gegeben und es kamen diejenigen zu Wort, die über Verfolgung und Bedrängung vor Ort berichten können. Ihre Erfahrungen und Hinweise werden in die parlamentarische Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion einfließen und helfen uns, den Blick auf die Not der Menschen zu lenken. „Religionsfreiheit verteidigen, Christen beistehen“ ist für uns nicht nur ein Konferenzmotto, sondern eine Verpflichtung für unsere weitere Arbeit.

Religionsfreiheit leben – in Deutschland und in der Welt

>>> Peter Kodwo Appiah Kardinal Turkson

Christen werden in zwei Dritteln aller Länder belästigt oder verfolgt

Das Thema Religionsfreiheit ist hoch aktuell und bewegt mich zudem persönlich sehr. Ich danke daher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ganz herzlich für ihre nationalen wie internationalen Aktivitäten und Aufrufe für Religionsfreiheit und gegen religiös motivierte Verfolgung. Ich spreche nicht nur im Namen des Päpstlichen Rats für Gerechtigkeit und Frieden, sondern im Namen aller Christen, wenn ich der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für dieses internationale Engagement meinen Dank ausspreche und sie eindringlich bitte, darin nicht nachzulassen.

Die Lage ist ernst: Die jüngsten Beispiele aus Indien, Irak, Ägypten, Pakistan und Sudan zeigen, dass Menschen in vielen Ländern tagtäglich in lebensbedrohlichen Umständen leben müssen, weil sie Christen sind und sie ihren Glauben nicht aufgeben wollen. Eine Statistik des unabhängigen amerikanischen Instituts „Pew Forum on Religion and Public Life“, welche vor Abgeordneten des Europäischen Parlaments präsentiert wurde, zeigt, dass 2009 Christen in circa zwei Dritteln aller Länder wegen ihrer Religion in irgendeiner Form belästigt oder verfolgt wurden. Es erscheint als kaum vorstellbar, dass die größte Weltreligion, die nach Schätzungen etwa 2,3 Milliarden Menschen, also 33 Prozent der Weltbevölkerung, umfasst, gleichzeitig die aufgrund ihres Glaubens am meisten verfolgte Religionsgruppe darstellt. Dabei kann der Begriff der Verfolgung von der Verunglimpfung christlicher Symbole über die tägliche Beeinträchtigung bei der Berufsausübung bis zu tatsächlicher physischer Gewalt alles umfassen.

Religionsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht

Nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges war die Formulierung und Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte eine der großen



**Peter Kodwo Appiah
Kardinal Turkson**
Präsident des Päpstlichen
Rates für Gerechtigkeit und
Frieden

Errungenschaften der Menschheit. Mit den Menschenrechten hat man versucht, totalitäre Regime, Ideologien, Ungerechtigkeiten und Krieg zu verhindern und Toleranz, gegenseitigen Respekt, Gerechtigkeit, Frieden und das Wohl aller Menschen zu fördern. Mir ist Religionsfreiheit daher nicht nur wichtig, weil sie ein zentrales Element der Soziallehre der katholischen Kirche darstellt, sondern auch, weil Religionsfreiheit ein fundamentales, unveränderliches und universales Menschenrecht ist. Im Artikel 18 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen heißt es: „Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.“ Die Deutschen können sich glücklich schätzen, dass sie sich in den Artikeln 3 und 4 des Grundgesetzes auf eine ähnliche Formulierung stützen können.

Privates und gesellschaftliches Leben auf Gott ausrichten

Religionsfreiheit sichert uns also das Recht, nicht nur das eigene private, sondern auch das öffentliche und gesellschaftliche Leben auf Gott auszurichten und so unsere eigene Identität voll zu erkennen. Eine Einschränkung dieser persönlichen Freiheit heißt, ein verkürztes Bild des Menschen zu fördern, das nicht in der Würde des Menschen verankert ist; die Rolle der Religion zu mindern, bedeutet, wie der Heilige Vater Papst Benedikt XVI. in seiner diesjährigen Ansprache zum Weltfriedenstag erklärte: „eine ungerechte Gesellschaft aufzubauen, da sie nicht im rechten Verhältnis zur wahren Natur der menschlichen Person steht“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bei dem internationalen Friedenstag in München Mitte September dieses Jahres darauf hingewiesen, dass Religionsfreiheit in Europa ein Resultat eines langen Prozesses ist, den es in anderen Ländern zu fordern und zu fördern gilt. Ich wäre nicht überrascht, wenn der Heilige Vater im Laufe seines Besuches in Deutschland erneut dazu auffordern wird, religiös motivierte Verfolgung zu bekämpfen und Religionsfreiheit in der Gesellschaft voran zu treiben. Es tut also Not, sich mit unseren Brüdern und Schwestern solidarisch zu zeigen, sei es durch internationales Engagement oder mit Veranstaltungen wie diesem Kongress.

Religionsfreiheit in Deutschland

Doch was genau heißt das, „sich solidarisch mit Verfolgten zeigen“? Wie kann jeder Einzelne von uns die Umsetzung des fundamentalen Menschenrechts Religionsfreiheit fördern? Was kann jeder Einzelne von uns für Religionsfreiheit hier in Deutschland tun?

Die deutsche Öffentlichkeit befindet sich, wie in vielen europäischen, christlich geprägten Ländern in einer komplexen Evolution. Zum einen wendet sie sich zusehends von den als verstaubt angesehenen Positionen der christlichen Kirchen ab, so dass das Selbstverständnis des christlich geprägten Landes mit sich selbst im Unreinen liegt. Einige Gruppen fördern – auch im Vorfeld des Papstbesuches – eine klare Privatisierung, Trivialisierung und sogar Verunglimpfung von allem Christlichen und wollen Religionsfreiheit eigentlich als Freiheit von jedweder Religion verstanden wissen. So entsteht ein Trend, Werte dahingehend zu hinterfragen, ob sie nun unabhängig vom Christentum ein Bestandsrecht haben oder nicht. Aber es entsteht auch ein Trend, christlich geprägtes Vokabular und christliche Symbole im öffentlichen Diskurs zu vermeiden, um nicht als verbohrt abgestempelt zu werden. Hier kann ich nur noch einmal auf die UN-Menschenrechts-Charta verweisen, in der es gekürzt heißt: Religionsfreiheit „schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung öffentlich (...) zu bekennen“. Oder wie Papst Benedikt XVI. auch vor den Vereinten Nationen sagte: Es ist „(...) notwendig, eine zweifache Dimension in der Einheit des Menschen anzuerkennen: die religiöse und die soziale. In diesem Zusammenhang ist es unvorstellbar, dass die Gläubigen einen Teil von sich – ihren Glauben – unterdrücken müssen, um aktive Bürger zu sein.“

Spannungen im Namen der Religionsfreiheit gilt es auszuhalten

Auf der anderen Seite wird es der Öffentlichkeit jedoch immer bewusst, dass die Säulen ihrer Verfassung mit christlichen Werten durchdrungen sind, und dass daher andere Grundrechte, die in der Lage wären, die Ausübung der Religionsfreiheit einzuschränken, eine christliche Prägung ausdrücken. In Deutschland ist es wohl vor allem der Integrationsdialog, der der Öffentlichkeit verdeutlicht, welche Spannungen es im Namen der Religionsfreiheit auszuhalten gilt, gerade weil die

deutsche Verfassung christlich geprägt ist. Aber diese Spannungen gilt es auszuhalten, denn wie der Heilige Vater sagt: „Niemand (...) dürfte auf Hindernisse stoßen, falls er sich eventuell einer anderen Religion anschließen oder gar keine Religion bekennen wollte“, und weiter „Religionsfreiheit ist ein unabdingbares Element eines Rechtsstaates; man kann sie nicht verweigern, ohne zugleich alle Grundrechte und -freiheiten zu verletzen (...).“

Ich erwähne diese Zusammenhänge, weil ich mir bewusst bin, dass ich vor Abgeordneten des Deutschen Bundestags und vor anderen politisch engagierten Menschen rede, von denen wiederum einige der christlich-sozialen und christdemokratischen Union angehören. Sie alle werden in vielen kleinen und großen Fällen entscheiden müssen, wie in Deutschland Religionsfreiheit gelebt und interpretiert werden wird. Sie müssen in diesen Entscheidungen einen Balanceakt vollführen, bei dem Sie auf der einen Seite christliche Kultur und Werte wahren und auf der anderen Seite ein integratives und offenes Umfeld für andere Religionen und für nicht religiöse Menschen schaffen, das selbst divergierende Interessen zu überbrücken vermag. Ihre Aufgabe könnte daher gar nicht wichtiger sein und ich wünsche mir, dass Sie in dieser schweren Aufgabe mit Weitsichtigkeit und nach bestem Wissen und Gewissen handeln werden.

Religionsfreiheit ist in der unantastbaren Würde des Menschen verankert

Nach Meinung der Christen ist Religionsfreiheit nicht etwas, das erst durch die Vereinten Nationen Bestätigung erlangt, das den Staat als Legitimation benötigt oder sich durch sonst irgendwelche subjektiven Nutzenkalküle ergibt. Religionsfreiheit ist vielmehr in der unantastbaren Würde des Menschen verankert. Der Heilige Vater erklärt, dass jeder Mensch ein „heiliges Recht auf ein ganzheitliches Leben auch in spiritueller Hinsicht“ hat. Es ist ein Anspruch, den jeder Mensch durch sein Menschsein hat und nicht etwas, was der Staat jemandem gewähren könnte. Dem Staat obliegt es nur, dieses Recht zu sichern und mit den anderen Grundrechten in Einklang zu bringen. Wir müssen uns daher aktiv für das Verständnis einsetzen, dass Gläubige jeder Religion sowie nicht religiöse Menschen durch ihr Menschsein ein Recht auf Religionsfreiheit haben.

Deutschland als integrativer Hafen für alle religiösen und nicht religiösen Menschen

Wenn Christen auf der ganzen Welt wegen Verfolgung und Bedrängung leiden und sterben, ist es daher in besonderem Maße gefordert, einen integrativen und freundlichen Hafen für alle religiösen und nicht religiösen Menschen in Deutschland zu schaffen. Dieses positive Beispiel muss Schule machen und darf im Dialog mit Ländern, in denen Christen verfolgt werden, ausdrücklich erwähnt werden. Dennoch ist es in diesem Kontext unerheblich, wie andere Gruppen Christen behandeln, denn genauso wenig wie man seine menschliche Würde verwirken kann, kann man sein Recht auf Religionsfreiheit verlieren. Wir können dann zusätzlich noch hoffen, dass sich engagierte Jugendliche aus aller Welt weiterhin an diesem Beispiel Deutschlands orientieren und dass sich auf diese indirekte Weise auch die Situation in den entsprechenden Ländern für Christen verbessert.

Kardinal Turkson:
Deutschland muss die christliche Kultur wahren und gleichzeitig ein integratives Umfeld für andere Religionen und für nicht religiöse Menschen schaffen.



Damit bin ich über die komplexe Frage der Religionsfreiheit in den westlichen Ländern wieder bei den Christenverfolgungen angekommen. Der Umweg über die Ausführungen zur Religionsfreiheit hat verdeutlicht, welchen Stellenwert ich diesem heiligen Recht zuschreibe. Wenn ich dann auch noch an das physische Leid und die Angst der Verfolgten denke, bin ich zutiefst betroffen. Ich freue mich daher ganz besonders, dass sich hier in Deutschland – weit entfernt von ihnen – Menschen zusammen tun, um über Lösungen für dieses Leid nachzudenken. Ein Leid, das Menschen dazu zwingen will, ihre ganzheitliche Identität und ihr Streben nach Gott abzulegen und damit ihre eigene Würde zu verleugnen.

Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht

>>> Präses Nikolaus Schneider

Freiheit, den eigenen Glauben offen zu leben, ist hohes Gut

Die Lage bedrängter und verfolgter Christinnen und Christen zu verbessern, ist für die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) eines der vordringlichsten Themen der Gegenwart. Daher begrüßen wir es sehr und danken der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausdrücklich, dass sie sich intensiv mit dieser Thematik beschäftigt.

„Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit“, so lautet der Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die von den Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 proklamiert wurde. Mit ihr verband sich die Hoffnung, dass eine Welt möglich wird, „in der den Menschen, frei von Furcht und Not, Rede- und Glaubensfreiheit zuteil wird“. Das Schaffen einer solchen Welt wird in der Präambel der UN-Menschenrechtserklärung als „höchstes Bestreben der Menschheit“ genannt. Diese Formulierung macht deutlich, welch hohes Gut der Freiheit eingeräumt wird, den eigenen Glauben offen zu leben.

Unterdrückte Christen brauchen Aufmerksamkeit und Unterstützung

Das universale Menschenrecht auf Religionsfreiheit schließt ein, dass jeder Mensch „seine Religion oder seine Weltanschauung (...) wechseln sowie (...) seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Unterricht, Ausübung, Gottesdienst und Beachtung religiöser Bräuche (...) bekunden“ kann.

Obwohl die Religionsfreiheit zu den elementaren Menschenrechten zählt, ist die Unterdrückung von Menschen ihrer religiösen Überzeugung oder ihres Glaubens wegen bis heute in vielen Ländern der Welt bittere Realität.



Präses Nikolaus Schneider

Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Dabei ist die Liste der Länder, in denen speziell Angehörige christlicher Kirchen und Glaubensgemeinschaften bedrängt werden, erschreckend lang und geht quasi einmal um den ganzen Globus: Ob Nordkorea, Iran, Saudi-Arabien oder Indien, Ägypten, Irak, Malaysia oder die Türkei – in zahlreichen Ländern werden Christinnen und Christen in unterschiedlicher Weise und Intensität an der Ausübung ihres Glaubens gehindert. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Lutheraner, Koptinnen oder Katholiken handelt, ob Methodistinnen oder Orthodoxe: Als christliche Kirchen und Konfessionen sind wir alle Glieder des einen Leibes Christi, wie es der Apostel Paulus im ersten Korintherbrief so eindringlich formuliert: „Wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit.“ (1. Kor 12,26)

Unterdrückte Glaubensgeschwister in aller Welt brauchen unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung – sowohl im Gebet als auch im politischen Engagement auf allen Ebenen. Nur so können wir auf eine Verbesserung der menschenrechtlichen Lage in den betroffenen Ländern hinwirken. Denn hinsichtlich der Menschenrechte gilt ein Satz jedenfalls nicht: „Andere Länder, andere Sitten.“

Engagement für die Menschenrechte und für die Religionsfreiheit

Die Menschenrechte haben einen universellen Status. Man kann und man darf sie nicht im Namen von Kultur, Tradition oder anderer Sitten relativieren. Die Menschenrechte insgesamt sind unteilbar. Sie müssen überall und für alle Menschen verteidigt werden. Deshalb bin ich für die zahlreichen Initiativen und Reisen von Mitgliedern des Deutschen Bundestages, die sich für die Einhaltung des Menschenrechtes auf Religionsfreiheit im Allgemeinen und für den Schutz von bedrängten Christinnen und Christen im Besonderen einsetzen, ausgesprochen dankbar. Ob in Indien oder in Ägypten: Der persönliche Einsatz einzelner Abgeordneter für die religiösen Minderheiten in diesen Ländern verlangt Klarheit und Mut.

Für die EKD ist es selbstverständliche Praxis, auf grundlegende Menschenrechtsverletzungen und brutale Gewalttaten gegen christliche Glaubensgeschwister in der Welt hinzuweisen. Dies geschieht meistens ohne große Öffentlichkeit, oft durch direkte Interventionen bei Botschaftern und Regierungen der betreffenden Länder oder in

Hintergrundgesprächen mit politischen Vertreterinnen und Vertretern und unseren zahlreichen Partnerkirchen vor Ort.

Unser Engagement für die Menschenrechte und für die Religionsfreiheit galt dabei ganz selbstverständlich immer allen religiösen Minderheiten, nicht nur den Christinnen und Christen.

Sie werden in der Vergangenheit selten in einer EKD-Veröffentlichung den Begriff der „Christenverfolgung“ gelesen haben. Das hat seinen Grund: Im Asylrecht wird der juristische Begriff von „Verfolgung“ viel enger interpretiert als ein Alltagssprachliches Verständnis von „Verfolgung“, das relativ unscharf ist und viele Arten von Bedrohungen, Benachteiligung oder Bedrängung meinen kann. Diesen Terminus pauschal für Gefährdungssituationen von Christen zu verwenden, mag zwar auf den ersten Blick hilfreich erscheinen, um damit auf die Dramatik der Situation hinzuweisen und öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Unseres Erachtens geht mit ihm jedoch eine Dramatisierung einher, die den Blick für die sehr unterschiedlichen Situationen in einzelnen Ländern und Regionen verstellt.

Hintergründe der Konflikte genau analysieren

Nicht jeder Konflikt, in dem Christen zu Schaden kommen, hat religiöse Ursachen und nicht jeder Fall von brutaler Gewalt gegen Christinnen und Christen hat seinen Grund im Glauben der Angegriffenen an Jesus Christus. Hier gilt es, die jeweiligen Hintergründe der Konflikte genau zu analysieren, und ihre historischen, sozialen, kulturellen oder geostrategischen Dimensionen zu verstehen, um eine angemessene Bewertung vornehmen zu können. Das ist der Grund, warum sich im Bereich der EKD und auch bei der Bischofskonferenz die Bezeichnung „bedrängte und verfolgte Christen“ durchgesetzt hat.

Es ist schwer einzuschätzen, ob die Gewalt gegen Christinnen und Christen in der letzten Zeit tatsächlich zugenommen hat oder ob es vor allem an der gewachsenen öffentlichen Aufmerksamkeit und Sensibilisierung liegt, dass die Nachrichten von Übergriffen auf Christen und Kirchengebäude so zahlreich erscheinen. Dabei kommt es zu Anschlägen gegen Kirchen und Gemeinderäume, aber auch zu Attacken gegen Wohnhäuser, in denen sich Christenmenschen versammeln. Neben solchen gewaltsamen Bedrohungen für Leib und Leben reicht

Wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte garantiert auch das Grundgesetz die Religionsfreiheit. Hier eine Installation von Dani Karavan vor dem Deutschen Bundestag.

die Bandbreite an Unterdrückung und Benachteiligung noch weiter: Durch ihren Glauben verlieren Christen in manchen Ländern an gesellschaftlicher Anerkennung und wirtschaftlichen Rechten. Behördliche Schikanen, etwa beim Erwerb von Grundbesitz für einen Sakralbau und die Versagung staatsbürgerrechtlicher Gleichbehandlung gehören dazu.

Es gibt aber auch den ganz persönlichen Terror: Wenn plötzlich Fremde vor der Haustür einer christlichen Familie stehen und dieser drohen, sie umzubringen, wenn sie nicht bis zum nächsten Tag weg ist. Deshalb ist es gerade im Nahen Osten zu einem beachtlichen „Exodus“ gekommen ist: In der Türkei ist der Anteil der traditionell dort ansässigen Christen in den letzten 100 Jahren von einem Viertel der Bevölkerung auf nur noch 0,2 Prozent zurückgegangen. Im Irak, immerhin eines der ersten christlich geprägten Länder der Kirchengeschichte, hat sich die Zahl nach Schätzungen von einstmalen 1,2 Millionen in den letzten Jahren halbiert.



Meist fliehen Christen vor den Repressionen in benachbarte Länder der Region wie Syrien und Jordanien. Durch diese Art von Drangsalierung und Bedrohung werden die besagten Gesellschaften weiter destabilisiert, was terroristischen Gruppen wie beispielsweise den Taliban in die Hände spielt.

Jede einzelne Menschenrechtsverletzung ist eine zu viel

Wie viele Menschen es weltweit sind, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden, lässt sich nicht leicht ermitteln. Mit Superlativen tue ich mich in solchen Zusammenhängen schwer. In der Frage unseres Einsatzes gegen die Verfolgung von Christinnen und Christen ist es meiner Einschätzung nach aber auch unerheblich, wie viele Menschen aufgrund ihres christlichen Glaubens Opfer von Menschenrechtsverletzungen werden. Jeder einzelne Mensch ist einer zu viel. Denn, mit den schon zitierten Worten des Apostels Paulus gesagt: „Wenn ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit.“

Unabhängig von diesen Zahlen und Schätzungen hat die EKD beschlossen, sich der Nöte von bedrängten und verfolgten Geschwistern auch auf geistliche Weise öffentlich anzunehmen. Bereits der ehemalige Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Wolfgang Huber, hat vor der EKD-Synode im November 2008 von Regionen gesprochen, „in denen Menschen Leib und Leben riskieren, wenn sie sich zum christlichen Glauben bekennen“.

Regelmäßige Fürbitte für bedrängte und verfolgte Christen

In der Folge beschloss die Synode der EKD, eine regelmäßige Fürbitte für bedrängte und verfolgte Christen im Kirchenjahr zu verankern. Der Rat und die Kirchenkonferenz – und damit alle drei Leitungsgremien der EKD – haben diesen Beschluss begrüßt und als Tag dieser Fürbitte den zweiten Sonntag in der Passionszeit, also den Sonntag, der traditionell den Namen „Reminiszere“ – auf Deutsch „Erinnere dich“ – trägt, bestimmt. Allen evangelischen Kirchengemeinden im Bundesgebiet wird empfohlen, an diesem Tag für die leidenden Geschwister zu beten und sich mit ihrer Bedrängnis auseinanderzusetzen. Jedes Jahr wird dafür eine Materialhilfe erarbeitet, in der beispielhaft die Situation in einem Land differenziert dargestellt wird. In diesem Jahr stand die Lage der Christen aus dem indischen Orissa im Zentrum.

Ökumenische und internationale Vernetzung

Wir haben im Zusammenhang mit der Reminiszere-Fürbitte viele positive Rückmeldungen erhalten, die uns ermutigt haben, das Anliegen eines tätigen Gedenkens an bedrängte und verfolgte Christen auch ökumenisch und international stärker zu vernetzen. Es gibt auf der Arbeitsebene mittlerweile einen guten Austausch mit der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Allianz. Erste Gespräche mit kirchlichen Vertretern aus der Schweiz, Österreich und den Niederlanden haben stattgefunden. In Deutschland haben wir uns auch mit der Frage beschäftigt, ob nicht ein gemeinsamer Zeitpunkt im Jahr hilfreicher sei, um die Aufmerksamkeit noch stärker auf die erschreckenden Zustände in manchen Ländern zu lenken. Denn die Deutsche Bischofskonferenz begeht am zweiten Weihnachtsfeiertag traditionell ihren Tag für bedrängte und verfolgte Christen, während die Evangelische Allianz jedes Jahr am 8. November ihre Kampagne startet. Wir sind aber zu dem Ergebnis gekommen, dass unserem gemeinsamen Anliegen auch und vielleicht sogar noch mehr gedient ist, wenn es mehrmals im Jahr Anlässe gibt, zu denen auf die Lage von bedrängten Christen hingewiesen wird.

Auch muslimische Minderheiten werden diskriminiert und verfolgt

Angesichts der historischen Entwicklung der Menschenrechte muss es uns Christen heute mit einer gewissen Demut erfüllen, dass weder die Kirchen als Institutionen, noch ihre Leitungsorgane in der Vergangenheit zur Avantgarde politischer Freiheit gehört haben. Die Anerkennung der Religionsfreiheit als Menschenrecht ist auch in den christlichen Kirchen erst das Ergebnis eines langen Lernprozesses. Sie ist zunächst nicht aus theologischer Erkenntnis, sondern aus eigenen bitteren Unrechtserfahrungen erwachsen. Von daher gibt es keinen Grund dafür, aus einer Haltung christlicher Überlegenheit heraus die Lage der Religionsfreiheit weltweit zu betrachten – etwa mit allzu verallgemeinernder Empörung gegen „den“ Islam. Gewiss, die vielen Verletzungen der Religionsfreiheit in überwiegend muslimisch geprägten Ländern zeugen davon, dass in manchen Traditionen noch großer Nachholbedarf bei der Durchsetzung und Anerkennung der Menschenrechte für alle Teile der Bevölkerung besteht. Aber bei aller berechtigten und notwendigen

Kritik darf nicht vergessen werden, dass an vielen Orten auch muslimische Minderheiten diskriminiert und verfolgt werden.

Grundlegend bleibt die Einsicht, dass Religion sich frei in der Öffentlichkeit entfalten muss. Immer noch wird in der deutschen Asylrechtsprechung unterschieden zwischen der zurückgezogenen und der öffentlichen Religionsausübung. Solange aber im Asylrecht diese Differenz getroffen wird und nur die Verletzung der Religionsfreiheit bei der inneren Religionsausübung de facto als asylrelevanter Grund anerkannt wird, so lange bleibt auch in Deutschland im Sinne der Religionsfreiheit noch eine Menge zu tun. Wir als Kirchen bitten daher um Ihre Hilfe, damit im asylrechtlichen Umgang mit Flüchtlingen die Religionsfreiheit unter allen Aspekten beachtet wird.

Präses Schneider will den Einsatz für verfolgte und bedrängte Christen ökumenisch und international vernetzen.



Interreligiöser Dialog als Beitrag zur Religionsfreiheit

Allerdings sind wir Kirchen auch selbst gefordert: Unter dem Dach der modernen freiheitlich-demokratischen Verfassung können Religionsgemeinschaften für sich nichts beanspruchen, was sie nicht auch allen anderen gleichermaßen zugestehen – Christen, Juden, Muslimen, Frommen wie Unfrommen. Daher gibt es zum interreligiösen Dialog in Deutschland keine Alternative. Ich gehe noch einen Schritt weiter: Ich bin mit Holger Nollmann, unserem langjährigen EKD-Pfarrer in Istanbul, der Meinung, dass der interreligiöse Dialog auf allen Ebenen und mit all seinen Facetten für die Weiterentwicklung der Religionsfreiheit in Zukunft von entscheidender Bedeutung ist. Denn nur durch ihn kann wirklich gegenseitiger Respekt und gegenseitiges Verständnis gefördert werden, wenn er denn ein echter, das heißt vertrauensvoller und kritisch-offener Dialog der real existierenden Religionen ist. Dabei müssen sicher auch manche Enttäuschungen verkraftet und eigene idealistische Ansprüche relativiert werden. Aber die Mühe lohnt. Denn echte Verständigung und Respekt der Religionen im Umgang miteinander werden nachhaltig dazu beitragen, dass dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit an allen Orten gedient wird. Und das wiederum gereicht auch unseren bedrängten und verfolgten Geschwistern in der Welt zum Wohle.

Den Verfolgten eine Stimme geben

>>> Diskussion mit Christen aus Syrien, Nigeria und Indien ¹⁾

Tag für Tag bezahlen Christen für ihren Glauben mit dem Leben

Ich möchte die Stimme derer sein, die keine Stimme haben“, sagt Thérèse „Moussalem, als spräche sie jeden Tag vor 600 Zuhörern. Dabei ist die gebürtige Libanesin, die sich seit neun Jahren im syrischen Damaskus um irakische Flüchtlinge kümmert, eine Frau, die eher zupackt als redet, – wie die meisten Schwestern des internationalen Ordens vom Guten Hirten, die sich weltweit um die kümmern, die am Rande der Gesellschaft stehen. Die arbeitslos sind, krank, alleinerziehend – oder an Jesus Christus glauben.

In Syriens Nachbarland Irak ist das lebensgefährlich. Tag für Tag bezahlen Christen für ihren Glauben mit dem Leben, werden zu Märtyrern, obwohl sie einfach nur ein ganz normales christliches Leben führen wollen – sonntags in die Kirche, mit anderen beten – so wie es ihre Vorfahren hier, im Lande Abrahams, schon vor fast 2.000 Jahren gemacht haben. Doch mit Saddam Hussein stürzte auch eine Struktur, die der christlichen Minderheit einen gewissen Schutz gewährte. Während zu Beginn der US-Offensive 2003 noch eine halbe Million Christen im Irak lebten, wagen das jetzt nicht mal mehr 200.000. Wer kann, flieht – in die Kurdenregion oben im Norden, oder nach Syrien, das Christen toleriert. „In Syrien gibt es sehr viele Kirchen, die Iraker sind froh, ihren Glauben hier frei leben zu können. Aber wohin gehen wir? Die Iraker stellen fest, dass sich die Lage in Syrien ganz ähnlich entwickelt wie in ihrer Heimat.“

Irak und Syrien – Kinder ohne Zukunft

Wer in der Heimat Irak bleibt, lebt im Untergrund, ganze Familien hausen in Kellern, die sie nur unter größter Gefahr verlassen können. „Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben“, sagt Schwester Thérèse – und erzählt von einer Mutter, die nicht weiß, ob ihre Töchter jemals vom

1) Die Podiumsdiskussion wurde von der Journalistin Tanja Samrotzki für die Broschüre redaktionell zusammengefasst.

Schulweg zurückkehren werden. „Was muss sie leiden, diese Mutter. Man weiß, dass Kinder entführt werden, vergewaltigt. Oftmals verschwinden sogar Babys. Wenn die Eltern es irgendwie schaffen, Lösegeld zu zahlen, bekommen sie ihr Kind zurück. Aber wie?“ Schwester Thérèse nimmt sich keine Zeit für Kunstpausen. „Die Eltern bekommen das Kind tot zurück. Und oft wird es ihnen auf einem Teller zurückgegeben, mit Reis und mit Gemüse.“

Aufrecht dasitzend erzählt sie das, die Füße der klein gewachsenen Frau schweben parallel über dem Boden wie die einer Zehnjährigen. „Manchmal fragen mich die Kinder: „Gibt es kein Land, keine Christen, die uns helfen können, damit unsere Familie eine Zukunft hat?“ Weil ihre Eltern als Flüchtlinge in Syrien nicht arbeiten dürfen, sorgen die Kinder für den Unterhalt der Familien – in Hotels und Restaurants, von vier Uhr nachmittags bis fünf, sechs Uhr morgens. Die krummen Rücken beugen sich über Lasten statt über Hausaufgaben. Auch wenn ihr Schulweg in Syrien noch sicher wäre – er ist den Flüchtlingskindern auch hier verwehrt. „Wir müssen den Kindern doch zumindest die Möglichkeit geben zu lernen“, sagt Schwester Thérèse. „Ich bitte Sie, machen Sie sich ihrerseits zur Stimme dieser Menschen.“

Nigeria – Flickenteppich der Gewalt

Monsignore Obiora Ike spricht für die Nigerianer – und das in fünf Sprachen, von Houssa bis Rheinisch. Papst Johannes Paul II. hatte Obiora Ike 1999 zum Prälaten berufen – die vorläufige Krönung eines kurvenreichen Lebenslaufes: Geboren in Nigeria, Priesterweihe in Vorarlberg, Promotion in Bonn. Obiora Ike hat aus schlechten Startbedingungen das Beste gemacht. Er ist im muslimischen Norden Nigerias geboren, in einem Bundesland, in dem inzwischen die Scharia gilt. „Mein Vater“, sagt Ike, „war der Abraham unseres Dorfes, der erste Christ.“ Ikes Vater wurde noch unter englischer Kolonialherrschaft getauft. Den Engländern gelang es, den muslimischen Norden und den christlichen Süden zusammenzuhalten, doch mit der Freiheit brachen die alten Gräben auf, ethnische, politische, religiöse Konflikte in einem Land, in dem 350 Stämme 370 verschiedene Sprachen sprechen. Die Politiker zündeln mit religiösen Argumenten, die schwelende Konflikte im Nu zum Lodern bringen. Obwohl die Verfassung Religionsfreiheit garantiert, brennen in Obiora Ikes Heimat plötzlich die

Kirchen, schwinden Lebenschancen für die, die sich zu Christus bekennen. „Wenn sich Anthony und Mohammed im Bundesland Kano um einen Arbeitsplatz bewerben, hat Anthony keine Chance. Weil er einen christlichen Namen hat, bekommt er keine Zulassung zur Uni. Auch Polizei und Armee stehen nur denen offen, die zum Islam konvertieren.“

Lähmende Willkür

Freien Zugang haben Christen in manchen Bundesländern nur zum Gefängnis. Als Vorsitzender der Katholischen Gefängnisseelsorge hat Monsignore Ike schon zimal den immer gleichen Dialog geführt: Warum sitzt du hier? ‚Ich weiß nicht.‘ ‚Was hast du getan?‘ ‚Ich bin Christ.‘ Über 30.000 Nigerianer sitzen wegen ihres Glaubens im Gefängnis. Manche für 15 Jahre, ohne Verhandlungen, ohne Protokoll. Besonders hart trifft es Muslime, die konvertieren: Sie sind vor der eigenen Familie nicht mehr

[Betroffene diskutierten mit Repräsentanten des Vatikans, mit Vertretern der beiden großen Kirchen in Deutschland sowie mit Abgeordneten der Fraktion.](#)



sicher. „Ich kenne einen Jungen, der aus seinem Leben quasi verschwinden musste, damit man ihn nicht umbringt.“ Er ist nicht der Einzige. Aus Angst vor Anschlägen der fundamentalistischen Sekte Boko Haram sind ganze Wohngegenden verwaist, tausende Menschen auf der Flucht. „Und es wird immer schlimmer“, sagt Monsignore Ike.

Indien – Gewalt mit System

Über 600 Gäste waren gekommen, um sich über den Einsatz der Union für Religionsfreiheit zu informieren.

In Indien war es schon immer schlimm – nur die Opfer wechseln. Ganz sachlich legt Reverend Richard Howell dar, wie fundamentalistische Hindus den Buddhismus in der Heimat Siddhartha Gautamas fast ausröteten. „Der Hinduismus basiert auf Ungleichheit und Diskriminierung, und das spüren nach den Buddhisten und Muslimen jetzt auch die Christen.“ Der Punjabi Howell hat sich nicht einschüchtern lassen, genießt als Generalsekretär der Evangelischen Allianz Asiens Beraterstatus bei den



Vereinten Nationen. Der Welt die Hintergründe religiöser Verfolgung in Indien aufzuzeigen, ist seine Mission: „Das hinduistische Kastensystem ist wie das Leben in einem mehrstöckigen Haus. Die Brahmanen sind an der Spitze, die Dalits, die Unberührbaren, sind ganz unten. Ohne Treppen, ohne Aufzüge. Einer der Hauptgründe, warum Christen verfolgt werden, ist, dass sie die Armen, die Dalits stärken.“

70 Prozent der indischen Christen sind Dalits, für sie ist das Bekenntnis zu Jesus Christus zugleich das Bekenntnis zur menschlichen Würde, einer Würde, die ihnen die Hindus absprechen. „Die Taufe“, erklärt Reverend Howell, „ist die Antwort der Dalits auf die Frage nach ihrer eigenen Identität.“

Religionsfreiheit nur auf dem Papier

Um dem Keller des Kastensystems zu entkommen, nehmen Dalits andere Alltagserfahrungen in Kauf, die absurd wirken in einem Land, das die Religionsfreiheit in seiner Verfassung garantiert. In Uttar Pradesh etwa darf der christliche Glaube nur zwischen 9 und 17 Uhr praktiziert werden – „from 9 to five“, wie Reverend Howell sagt: „Wenn sich eine Hausgemeinde außerhalb dieser Zeiten trifft, kommt dann wirklich ein Polizeibeamter und sagt, ‚bitte betet nicht am Nachmittag‘.“

Harmlos im Vergleich zu dem, was Tag für Tag überall da geschieht, wo die politische Organisation der Hindu-Fundamentalisten, die BJP, regiert: Frauen werden vergewaltigt, Kinder ermordet. „Die BJP hat einen Dämon geschaffen, um den Hinduismus zu einen. Moslems und Christen eignen sich hervorragend als Dämon, weil sie eine Minderheit sind. Und Christen eignen sich am besten, weil sie nicht zurückschlagen, wenn sie angegriffen werden.“

Wie im Bundesstaat Orissa. 2007 begann dort ein Wüten, das 42 Tage währte und über Jahre immer wieder aufflammte. Die Bilanz: 120 ermordete Christen, 182 zerstörte Kirchen, 4.500 niedergebrannte Häuser, 50.000 Christen auf der Flucht. Tausende von ihnen konnten bis heute nicht in ihre Heimat zurückkehren. Trotz des Drängens Howells und anderer Kirchenführer schickte die Zentralregierung auf dem Höhepunkt der Krise ganze zwei Helikopter. Dann las der damalige EU-Ratspräsident Nicolas Sarkozy dem indischen Premierminister Manmohan Singh während einer Europareise die Leviten, nannte die Zurückhaltung der Zentralregierung

inakzeptabel. Zurück in Indien sagte Singh, Orissa sei eine nationale Schande. Da endlich intervenierte die Bundespolizei. „Wenn also“, resümiert Reverend Howell, „die Menschen der freien Welt sprechen, macht das einen großen Unterschied. Und sie müssen sprechen, denn sie kennen die Freiheit!“

Bildung und Wachstum packen religiöse Spannungen an der Wurzel

Eine schwierige Gratwanderung“, meint Dr. Christian Ruck, als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU zuständig für Entwicklungspolitik. „Ich kann nicht immer bis zum Äußersten gehen, weil ich dann vielleicht der Zielgruppe, der ich helfen will, umso mehr schade.“ Die politische Kunst bestehe darin, den Spielraum genau auszuloten. „In Simbabwe etwa herrscht ein Regime, dem man anständigerweise nicht mal die Hand geben sollte. Trotzdem haben wir nie aufgehört, den Menschen über Stiftungen und andere Kanäle direkt zu helfen und Langfristiges anzustoßen.“ Ein langer Atem, der auf Bildung und Wachstum setzt, um religiöse Spannungen an der Wurzel zu packen – „das“, sagt Ruck, „ist die solideste Strategie.“

Dialog als Ausweg

Eine Strategie, die viele Mitspieler braucht: „Wir brauchen eine Art joint venture, von Kirche und Politik, von Protestanten und Katholiken“, sagt der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick. Der Vorsitzende der Kommission Weltkirche kennt sich aus mit Zusammenarbeit, schließlich koordiniert er in der Bischofskonferenz die Arbeit der kirchlichen Hilfswerke. „Missio hilft auch den anderen, den Hindus, den Moslems, auf dass sie zusammen mit den Christen eine Gemeinschaft aufbauen, in denen die Verfolgung keine Wurzeln schlagen kann.“

Seit 1968 nimmt Erzbischof Schick an den Weltfriedenstreffen der Gemeinschaft von Sant'Egidio teil, ein Mann der ersten Stunde. Jahr für Jahr spricht er mit Juden, Hindus, Muslimen, Atheisten. „Wir können das Recht auf Religionsfreiheit nur gemeinsam überall in die Welt tragen“, sagt Erzbischof Schick, „es gibt keine Alternative zum Dialog.“

Der Schutz der Glaubensfreiheit ist ein Friedenswerk

>>> Johannes Singhammer

Öffentlichkeit ist wirksamer Schutz für verfolgte Christen

Der vielleicht wirksamste Schutz gegen die Verfolgung von Christen ist das helle Licht der Öffentlichkeit und das unmissverständliche Eintreten für die Religionsfreiheit. Denn diejenigen, die Christen verfolgen, scheuen das helle Licht und suchen die Dunkelheit und das Verborgene. Der Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat dazu beigetragen, dass mehr Licht in die Öffentlichkeit getragen wird und sich die Feinde der Religionsfreiheit weniger unbeobachtet fühlen können.

Ob der Kongress mithilft, dass mehr Christen Schutz vor Verfolgung finden, hoffen wir gemeinsam, aber wir wissen es nicht. Aber eines wissen wir, dass diejenigen, die systematisch und planvoll das Grundrecht auf Religionsfreiheit verletzen, die die Freiheit des Glaubens nicht respektieren, durch das Licht der Öffentlichkeit vorsichtiger werden. Deshalb gilt mein herzlicher Dank vor allem den Teilnehmern der Podiumsdiskussion. Mit eindrucksvollen Worten haben sie dargestellt, dass die Situation in Deutschland, wo wir die Freiheit des Glaubens genießen, in keiner Weise vergleichbar ist mit anderen Ländern, in denen man als bekennender Christ buchstäblich um sein Leben fürchten muss.

Eintreten für Religionsfreiheit ist ein Werk des Friedens

Ich möchte vor allem dem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder danken, weil er ganz entscheidend dazu beigetragen hat, dass dieses Thema in der politischen Wirklichkeit von Berlin angekommen ist. Gelegentlich muss er sich dafür rechtfertigen und es wird formuliert, es sei sein „Spleen“, weil er sich ständig dieses Themas widme und auch Reisen vor Ort unternehme. Ich sage, wer sich für die Religionsfreiheit so entschieden einsetzt wie unserer Fraktionsvorsitzender, der leistet ein Werk



Johannes Singhammer MdB
Stellvertretender
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

des Friedens. Wer Religion und die Glaubensfreiheit schützt, leistet ein Friedenswerk.

Religionsfreiheit auch für Christen in der Türkei

Religionsfreiheit ist unteilbar. Sie gilt nicht nur in Deutschland, sondern wir setzen uns dafür ein, dass sie in allen Ländern gilt. Es bedeutet auch, dass selbstverständlich auch in Deutschland Moscheen errichtet werden können und sollen, aber wir wollen im Gegenzug auch, dass christliche Kirchen in der Türkei nicht geschlossen und zugesperrt werden. Das passt nicht zusammen.

Signal zu Rückbesinnung

Für uns ist solch ein Kongress auch ein Signal, uns zu besinnen auf das, was das Fundament unserer Staatsordnung ist. Die Gründerväter und Gründermütter der Bundesrepublik Deutschland, die das Grundgesetz formuliert haben, haben dies getan in der Überzeugung, dass der Abfall von Gott den Weg freigemacht hatte für ein schrankenloses Machtsystem von tiefster menschlicher Erniedrigung.

Christliches Leben in Deutschland öffentlich leben

Und das bedeutet, dass wir nicht neutral sein können gegenüber den Wurzeln unserer auch staatlichen Existenz. Und deshalb spreche ich mich auch ganz klar gegen alle Bestrebungen aus, christliches Leben aus der Öffentlichkeit verbannen zu wollen und in die Sakristeien zurückzudrängen. Das wollen wir nicht.

Das tut Deutschland nicht gut, das tut uns auch aus der Verantwortung unserer Vergangenheit nicht gut. Und wenn wir erfahren, unter welchen schwierigen Bedingungen Christen in vielen Ländern der Welt ihren Glauben leben, ist das für uns gerade auch Ansporn, es wieder mehr zu schätzen, mit welcher Freiheit wir in Deutschland Glauben leben und praktizieren können.

>>> CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Herausgeber: Peter Altmaier MdB
Stefan Müller MdB
Parlamentarische Geschäftsführer

Kontakt: Pressestelle/Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1, D-11011 Berlin
Telefon 0 30/2 27-5 53 74
Telefax 0 30/2 27-5 01 46
pressestelle@cducsu.de
www.cducsu.de

Gestaltung: www.heimrich-hannot.de
Oktober 2011

Fotos: S. 1 Open Doors
S. 5 Martin Lengemann
S. 7 ddp images/dapd, Nasser
S.11 CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulrich Scharlack
S.13 Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden
S.17 CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Markus Hammes
S.19 Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)
S.22 CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Frank Bergmann
S.25 CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Markus Hammes
S.29 Thomas Köhler/photothek.net
S.30 Thomas Köhler/photothek.net
S.33 CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Fotos dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt.

Bundestagsdrucksache 17/2334, Antrag der CDU/CSU und FDP: „Religionsfreiheit weltweit schützen.“



Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>.

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: **Namensnennung:** Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Zitierhinweis: Autor, Funktion, Beitragstitel, aus: CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Das „C“ ist für uns Programm. **Bedrängte und verfolgte Christen schützen. Keine kommerzielle Nutzung:** Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. **Keine Bearbeitung:** Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



>>> CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

**Platz der Republik 1
D-11011 Berlin
Telefon: 0 30/2 27-553 74
Telefax: 0 30/2 27-501 46
E-Mail: fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de**